

Familiennachzug

Thüringen und Schleswig-Holstein gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

Familiennachzug ist eine integrationspolitische Notwendigkeit, stellt *Sabine Berninger* klar. Die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Thüringer Linksfraktion lobte die Entscheidung der Landesregierung, sich im Bundesrat gemeinsam mit Schleswig-Holstein gegen die Politik der Bundesregierung zu stellen.

Anfang März 2018 stand in der Länderkammer das vom Bundestag beschlossene »Gesetz zur Verlänge-

rung der Aussetzung des Familiennachzugs« zur Abstimmung. DIE LINKE lehnt die mit diesem Gesetz fortgesetzte Trennung von Flüchtlingen von ihren Familien ab. Daher sei es die richtige Entscheidung gewesen, dass Thüringen den Antrag Schleswig-Holsteins auf Anrufung des Vermittlungsausschusses unterstützt habe, sagte *Berninger*. Die Entscheidung der Mehrheit im Bundestag, den Familiennachzug weiter auszusetzen, bezeichnet *Berninger*

als eine »menschenrechtliche und familienpolitische Bankrotterklärung und ein erschreckendes Einknicken vor rechtspopulistischen und menschenverachtenden Positionen«.

Den flüchtlingspolitischen Grundsätzen des Thüringer Koalitionsvertrages folgend ist im Integrationskonzept der Schutz der Familie als wichtiger Bestandteil erfolgreicher Integration beschrieben und folgerichtig festgelegt: »Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für

die Öffnung des Familiennachzugs (...) ein.« »Wir folgen unseren flüchtlings- und integrationspolitischen, aber auch familienpolitischen Grundsätzen: Familiennachzug muss grundlegend im Sinne der Familien und der Integrationsvoraussetzungen neu geregelt werden«, sagte *Berninger*. Daher reagiert die LINKE-Abgeordnete mit großer Enttäuschung darauf, dass lediglich Thüringen und Schleswig-Holstein für den Antrag stimmten.



foto: © linksfraktion

kurz & gut

Herausragen- des Tourismus- jahr

Knut Korschewsky freut sich: »Mit 9,9 Millionen Übernachtungen schaut Thüringen auf ein hervorragendes Jahr 2017 für den Tourismus zurück. Unterstützt vom Reformationsjubiläum, aber auch dank der Neuausrichtung des touristischen Marketings in dieser Wahlperiode, können wir auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückschauen«, sagt der tourismuspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Korschewsky ergänzt: »Zehn Prozent mehr ausländische Gäste belegen, dass das Auslandsmarketing mit Schwerpunkt USA gut funktioniert hat. Die persönliche Unterstützung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und des Wirtschaftsministers in den Vereinigten Staaten haben ebenso einen Anteil daran wie die engagierte Arbeit der Thüringer Tourismus GmbH. Die Zahlen belegen, dass von der neuen Tourismusstrategie ganz Thüringen profitiert. Am deutlichsten wird dies mit den starken Zuwächsen im Hainich.«

Abschließend sagte *Korschewsky*: »Ich hoffe, dass sich die gute Entwicklung verstetigt und viele begeisterte Besucher uns bald wieder aufsuchen. 2019 steht mit dem Bauhausjubiläum das nächste Großereignis ins Haus.«

Was tun gegen Rassismus?

Eine Kommission des Landtages erarbeitet Handlungsvorschläge gegen Rassismus

Wir haben als Gesellschaft ein Problem mit Rassismus. Ich freue mich, dass Rot-Rot-Grün das Thema so hoch hängt und das Problem nicht nur wegbilden, sondern an Gesetze rangehen will«, lobte *Koray Yilmaz-Günay*. Das Vorstandsmitglied vom »Migrationsrat Berlin-Brandenburg« ist Sachverständiger der »Enquete-Kommission Rassismus«, die der Thüringer Landtag im Januar 2017 eingesetzt hat. Die Einsetzung der Kommission ist eine Konsequenz aus dem NSU-Skandal. Ihr Ziel: Das Erarbeiten von Vorschlägen, wie Rassismus zurückgedrängt werden kann.

Seit ihrer ersten Sitzung im Sommer 2017 hat die Kommission achtmal getagt, zahlreiche ExpertInnen und Betroffene wurden angehört. Um ein Zwischenfazit zu ziehen

und mit Vereinen und Betroffenen und ExpertInnen über die Arbeit zu diskutieren, hatte DIE LINKE am 5. März 2018 zu einer Fachkonferenz in den Landtag eingeladen. Für die Linksfraktion sind *Sabine Berninger*, *Christian Schaft* und *Katharina König-Preuss* Mitglied in der Kommission.

Um Rassismus, seine Ursachen und Auswirkungen erfassen zu können, hat sich die Enquete-Kommission auf eine gemeinsame Begriffsdefinition geeinigt – eine »schwierige Sache« sei das gewesen, berichtet *Berninger*. Eine Definition könne sich auf das Grundgesetz und internationale Übereinkommen stützen, sie müsse aber auch die Sicht von Betroffenen berücksichtigen, forderte *Yilmaz-Günay*.

Eine Verständigung über Rassismus könne es mit der AfD nicht ge-

ben. Aber es sei durchaus ein Ziel, mit der CDU zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen, betonte die Sachverständige Professorin *Dr. Iman Attia* von der »Alice Salomon Hochschule Berlin«. Sie stellte fest, dass es in Thüringen bisher zu wenig wissenschaftliche Daten über Rassismus gebe. Für *Attia* ist klar: Die Arbeit der Kommission müsse konkrete Vorschläge liefern: »Wenn das Ergebnis nur ein Bündel Papier ist, können wir uns das sparen.«

Ayşe Güleç vom »Aktionsbündnis NSU-Komplex auflösen« nannte die Enquete-Kommission einen »Ort der gesellschaftlichen Verhandlung« und lobte die Öffnung des Parlaments zu Wissenschaft, ExpertInnen und zu Menschen mit Rassismus-Erfahrung. Die Kommission müsse auch ein »Ort des Verlernen von rassistischen Sichtweisen werden.« Sie kritisierte, dass es eine »strukturelle Ignoranz« gegenüber den Opfern von Rassismus gebe.

Dr. Janine Dieckmann vom Jenaer »Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft« hob positiv hervor, dass es dem Gremium gelungen sei, den Blick auf die Gesellschaft auszuweiten und von einem engen Verständnis von Rassismus als reinem Phänomen des Rechtsextremismus zu lösen. Erste Erfolge der Kommission hätten sich bereits eingestellt, sagte sie, zum Beispiel durch die Gründung eines »Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk«.

Abschließend wies *Yilmaz-Günay* darauf hin, dass gesellschaftlicher Wandel aktive Unterstützung aus der Gesellschaft brauche: »Es ist gut, dass es eine gute Regierung und Ansprechpartner im Parlament gibt. Aber ohne Druck kann keine Regierung Ministerien und eingeübte Praxen verändern.«



Foto: © LINKSFRAKTION